



„Unsere wachsende Stadt – eine Stadt für alle!“

Haushaltsrede

der Vorsitzenden der SPD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Beigeordnete Christine Kastning

zur Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2016,
einschließlich des Investitionsprogramms 2015–2020,
und über das Haushaltssicherungskonzept HSK IX+

17. Dezember 2015

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

vor einem Jahr standen wir am Anfang des Stadtentwicklungsdialogs „Mein Hannover 2030“. In meiner Haushaltsrede hatte ich damals über Trends gesprochen, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen würden: Wachstum, Verdichtung und Nachhaltigkeit. Diese Trends sehen wir bestätigt – in den Ergebnissen, die im Rahmen des Stadtentwicklungsdialogs erarbeitet worden sind.

Und wir sehen diese Trends bestätigt in der aktuellen Entwicklung: Hannover wächst; der städtische Raum wird deshalb verdichtet werden müssen, und bei all dem werden wir dafür Sorge tragen müssen, dass dieses Wachstum sozial gerecht und nachhaltig gestaltet wird. Das ist eine Zukunftsaufgabe, die wir heute schon anpacken, damit unsere Stadt lebensfähig und lebenswert bleibt.

Hannover wächst, und zwar schneller als erwartet. Dieses Bevölkerungswachstum ist nicht allein auf die Zuwanderung von Flüchtlingen zurückzuführen – auch wenn wir uns ebenso klar zu dieser Zuwanderung bekennen, wie dies unser Oberbürgermeister bei der Einbringung des Haushalts getan hat: „Hannover ist eine Einwanderungsstadt“ – das steht für uns außer Frage.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leiten daraus eine zentrale Herausforderung ab: Wir müssen unsere wachsende Stadt als Stadt für *alle* gestalten!

Um dies zu erreichen, werden wir zwei zentrale Aufgaben anpacken: Wir müssen – erstens – ausreichenden, sozial gerecht gestalteten Wohnraum schaffen!

Und wir müssen – zweitens – die Stadtgesellschaft stärken, auch und gerade in den Stadtteilen!

An diesen beiden Aufgaben orientieren sich dementsprechend unsere Anträge zum Haushaltsplanentwurf und zum Haushaltssicherungskonzept IX plus.

Anrede,

Einen Schwerpunkt unserer Haushaltsanträge bildet die Versorgung mit Wohnraum.

Die Bevölkerung unserer Stadt wächst schneller, als noch vor wenigen Jahren prognostiziert. Ende dieses Jahres werden voraussichtlich zehntausend Menschen mehr in unserer Stadt wohnen als Ende 2014. Wir brauchen deshalb deutlich mehr und deutlich schneller Wohnungen, als wir mit unserem – durchaus ambitionierten – Wohnkonzept 2025 ohnehin schon realisieren.

Wir, die rot-grüne Koalition, haben das Wohnkonzept 2025 angestoßen, wir haben es erweitert, und wir wollen auf dieser Grundlage den Wohnungsbau forcieren.

Unsere Haushaltsanträge zielen einerseits auf den Wohnungsbau insgesamt und andererseits speziell auf den sozialen Wohnungsbau. Denn wir brauchen vor allem bezahlbaren Wohnraum. Die Mieten in Hannover steigen, und wir müssen alles daran setzen, dass Menschen mit geringeren Einkommen nicht aus ihren Quartieren verdrängt werden.

Einen deutlichen Impuls für die Wohnungspolitik erwarten wir auch von der Hannoverschen Wohnungsbauoffensive, über die Oberbürgermeister Stefan Schostok und Stadtbaurat Uwe Bodemann zurzeit mit der Wohnungswirtschaft sprechen. Unsere Haushaltsanträge im Bereich Bauen und Stadtentwicklung legen schon jetzt einen Grundstein, auf dem die Wohnungsbauoffensive aufbauen und zügig begonnen werden kann.

Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Gespräche der Stadtspitze mit der Wohnungswirtschaft und wir werden diese in den nächsten Jahren weiterentwickeln.

Anrede,

Unsere Stadt wächst, und das ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Dass Hannover wächst, zeigt klar und deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind!

Wachstum ist aber nicht alles, dessen sind wir uns bewusst. Und deshalb *gestalten* wir unsere wachsende Stadt!

Wir stärken unsere Stadtgesellschaft;

wir ermöglichen Teilhabe, das heißt die Teilnahme aller am gesellschaftlichen Leben in Hannover.

Wir stärken die Stadtteile und das Leben in den Stadtteilen, wir fördern Integration und Inklusion. Und zwar in allen Bereichen: in der Entwicklung der Quartiere ebenso wie in der Bildung, in den Bereichen Kinder, Jugend und Familie, im Sozialen, im Kulturleben und im Sport wie auch in der Wirtschaft.

Viele Aufgaben werden dabei von Ehrenamtlichen wahrgenommen. Dafür sind wir dankbar, und deshalb gilt ihnen besondere Aufmerksamkeit. Gerade bei den gewaltigen Aufgaben von Inklusion und Integration lassen wir sie nicht allein. Hier bedürfen die Ehrenamtlichen der Unterstützung, und wir sorgen dafür, dass sie diese Unterstützung bekommen.

Das Gleiche tun wir beim Thema Integration. Wir unterstützen mit unseren Anträgen die vielfältigen Initiativen, die sich der Integration widmen. Ob im Sport, im kulturellen Leben, in den Familienbildungsstätten, in den verschiedenen Beratungsstellen und Einrichtungen für Familie und Jugend sowie in der Freiwilligenarbeit.

Wir halten das für notwendig, und zwar sowohl für all die Menschen, die bereits hier leben, als auch für jene Menschen, die gerade erst zu uns gekommen sind oder die noch zu uns kommen werden. Die Zuwandernden von heute – egal, woher sie kommen und aus welchen Gründen sie zu uns kommen – die Zuwandernden werden in der überwiegenden Mehrzahl bei uns bleiben. Sie sind unsere Nachbarn, und die, die noch kommen, werden morgen unsere Nachbarn sein.

Unsere Nachbarn können sie aber nur werden, wenn sie Wege in unsere Gesellschaft finden, wenn sie an unserem Leben hier in Hannover teilhaben können. Erfreulich viele Menschen setzen sich dafür ein – das kann ich nicht oft und nicht dankbar genug sagen. Doch Ehrenamt braucht *Hauptamt*, das freiwillige Engagement braucht Orientierung und sachliche wie fachliche professionelle Unterstützung.

Deshalb richten wir unter anderem für den Unterstützerkreis Flüchtlinge eine Stelle ein, die die ehrenamtliche Arbeit koordiniert.

Wir stellen zusätzliche Mittel bereit für die Beratung und Unterstützung der Freiwilligenarbeit, für Dolmetscherdienste, für die Unterstützung der Begleitung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, für Informationsangebote und für andere Initiativen von Kulturtreffs, Vereinen und Verbänden, die Flüchtlinge in das Leben vor Ort einbinden.

Wir brauchen Integration, und wir wollen Integration. Ich denke, dass wir uns in diesem Punkte alle einig sind. Umso mehr wundert es mich, wie Sie von der CDU auf die Idee kommen können, die Integrationsmittel mal so eben um 400.000 Euro zu kürzen – das ist immerhin nahezu ein Viertel der Mittel, die für Integration zur Verfügung stehen!

Anrede,

Um sich in das gesellschaftliche Leben integrieren zu können, ist Bildung notwendig. Deshalb unterstützen wir Projekte wie die „Rucksackmütter“. Wir unterstützen Projekte der kulturellen Bildung in den Kulturtreffs und Stadtteilzentren. Und wir unterstützen die politische Bildung.

Ein wesentlicher Baustein hierzu ist für uns der Lernort „Demokratie und Erinnerung“. Vor zwei Jahren haben wir ein Konzept hierfür in Auftrag gegeben, und die Verwaltung hat uns in diesem Jahr ein solches Konzept vorgelegt. Dieses Konzept halten für sehr gelungen und für tragfähig – deshalb an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön insbesondere an Dr. Karljosef Kreter und sein Team!

Gerade jetzt, da wir in Teilen der Bevölkerung eine gewisse Unsicherheit angesichts der Zuwanderung wahrnehmen;

gerade jetzt, da rechte Kreise – leider auch hier im Rat – versuchen, diese Unsicherheit durch Vorurteile und Ressentiments zu schüren;

gerade jetzt, da zahlreiche Menschen zu uns kommen, denen weder unsere jüngere Geschichte noch unser demokratisches Gemeinwesen geläufig sind,

– gerade jetzt halten wir einen solchen Lernort für notwendig!

Deshalb legen wir mit Anträgen hierzu die Grundlage dafür, dass ein solcher Lernort, der historische Erkenntnisse mit politischer Aufklärung verbindet, schon bald in unserer Stadt Wirklichkeit wird. Damit stärken wir letztlich unsere Demokratie.

Anrede,

Unsere Demokratie *ist* stark, und diese Stärke ermöglicht es den Menschen, ganz verschiedenen Lebensentwürfen zu folgen. Unsere starke Demokratie *ermöglicht* Vielfalt. Und sie *lebt* von dieser Vielfalt.

Auch dem tragen wir in verschiedensten Bereichen Rechnung. Wir stärken die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft, damit das Zusammenleben der Menschen in Hannover ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft, ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung, ungeachtet ihrer Kultur und ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung gelingt.

In all diesen Bereichen ist der Beratungsbedarf, ist der Unterstützungsbedarf gestiegen. Und auch dem werden wir mit unseren Anträgen zum Haushalt gerecht.

Anrede,

Eine große Stadt wie Hannover kann nur wachsen und gedeihen, wenn das Zusammenleben in den Stadtteilen gelingt – dort, wo die Menschen leben. Deshalb wenden wir uns besonders den Stadtteilgemeinschaften zu.

Im sozialen Bereich haben wir einen besonderen Schwerpunkt auf die nachbarschaftlichen Unterstützungssysteme gesetzt, und zwar quer über das gesamte Stadtgebiet hinweg. Wir halten das für notwendig, damit das, was aus den Programmen der „Sozialen Stadt“ erwachsen ist, bewahrt und fortgesetzt werden kann. Damit vor Ort Nachbarschaftsarbeit *nachhaltig* geleistet werden kann.

Aus demselben Grunde stärken wir auch die Infrastruktur in den Stadtteilen. So wollen wir den Sanierungsbedarf jener Freizeitheime bzw. Stadtteilkulturzentren benennen lassen, die sanierungsbedürftig sind – nämlich Lister Turm, Linden, Ricklingen, Döhren und Rathaus Misburg. Die anderen Stadtteilzentren sind in gutem Zustand – so das Freizeitheim Vahrenwald – oder es passiert gerade viel – etwa mit dem Neubau des Stadtteilzentrums Stöcken.

So wie wir beim Bäderkonzept – auch das ist eine weitreichende Entscheidung dieses Jahres – Prioritäten gesetzt haben, so tun wir das auch bei einem Sanierungskonzept für die Stadtteilkulturzentren: Deshalb steht das Freizeitheim Döhren für uns an der ersten Stelle – zumal hier tatsächlich durch eine Zusammenlegung mit dem Bürgeramt und der Bibliothek ein echtes Stadtteil*zentrum* entstehen könnte.

Zusammenleben braucht Orte der Begegnung, die Raum zum Zusammenleben bieten. Und diese Orte schaffen oder ertüchtigen wir.

Anrede,

Solche Orte sind auch die Familienberatungszentren. In unseren Anträgen hierzu erkennen Sie erneut unsere Politik, die Stadtteile, die Quartiere zu stärken.

Wir unterstützen die Familienberatungszentren, weil wir wissen, dass sie im Umfeld des Quartiers besonders wichtige Arbeit leisten, weil wir wissen, dass sie gerade für einkommensschwache Familien und für Familien mit Migrationshintergrund wichtige und verlässliche Ansprechpartner sind,

und weil wir wissen, dass auch die Familienbildungsstätten Orte der Begegnung, des Zusammenlebens sind.

Die Familienbildungsstätten machen Familien und machen Kinder fit für ihre Wege in die Zukunft. Das tun auch die Schulen.

Damit an den Schulen vernünftig gelehrt und gelernt werden kann, setzen wir auch hier zusätzliche Mittel ein. Damit wollen wir dem steigenden Bedarf an Lehr- und Unterrichtsmitteln, an zusätzlichen Materialien, welche auch die Umsetzung von Inklusion und Integration verlangen, gerecht werden.

Anrede,

Fit für die Zukunft wollen wir besonders auch die Ganztagschulen machen. Wir haben in den vergangenen Jahren den Ausbau der Ganztagschulen ganz erheblich vorangetrieben. Ausgehend von neun Schulen haben wir in den letzten fünf Jahren 29 der 58 Grundschulen, also 50 Prozent!, in Ganztagschulen umgewandelt. Zugleich haben wir ein Mittagessenkonzept für Hannovers Schulen umgesetzt. Wir haben an etlichen Schulen vom offenen auf den verlässlichen Ganztagsbetrieb umgestellt und die Kooperation zwischen den Schulen und den Trägern der Ganztagsangebote verbessert. Wir haben in erklecklichem Umfang städtische Mittel in dieses Angebot gesteckt. Und wir sehen uns in unserem Kurs durch die rot-grüne Landesregierung bestätigt, die ebenfalls die Mittel für den Ganztagschulbetrieb deutlich angehoben hat.

Unser Ziel ist es nun, den Ganztagschulbetrieb einerseits verlässlicher und verbindlicher zu gestalten. Und andererseits wollen wir die Qualität des Ganztagschulbetriebes weiter steigern:

Wir wollen ausreichend Platz für die Ganztagsangebote schaffen;

wir wollen die pädagogischen Kompetenzen sowohl der Lehrkräfte an den Schulen als auch der Erzieherinnen und Erzieher an den Horten für den Ganztagsbetrieb fruchtbar machen;

wir wollen die pädagogischen Konzepte der verschiedenen Einrichtungen nutzen und in ein *ganzheitliches* Konzept einfließen lassen;

und wir wollen die Ganztagsangebote räumlich zusammenführen.

Hierfür wird die Verwaltung die Qualitätsoffensive Schulkinderbetreuung auf den Weg bringen. Dieses Vorhaben unterstützen wir, weil es uns dadurch gelingen kann, gewissermaßen das Beste beider Welten zusammenzubringen. Es erscheint uns wenig sinnvoll, zwei Systeme – die Ganztagschulen und die Horte – dauerhaft parallel laufen zu lassen, statt die Synergien aus einer Zusammenführung beider zu nutzen. In höchstem Maße sinnvoll erscheint es uns hingegen, die Qualität auf einem hohen Niveau einheitlich zu gestalten und hierfür die vorhandenen Räumlichkeiten direkt vor Ort, das heißt am Standort der Schule, zu nutzen.

Damit dieses ganzheitliche Konzept erarbeitet und umgesetzt werden kann, wollen wir alle beteiligten Gruppen zusammenbringen. Mit ihnen wird ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, um dieses dann standortbezogen umzusetzen.

Dass es dabei auch im wirtschaftlichen Sinne zu Synergien kommen wird, steht für uns außer Frage: Es liegt doch auf der Hand, dass jeder Euro, den wir in den weiteren Ausbau der Ganztagschulen investieren, in einem solchen ganzheitlichen System effektiver eingesetzt wird.

Anrede,

Hannover ist dynamisch. Für unsere wachsende Stadt brauchen wir Investitionen. Wir brauchen auch in Zukunft eine tragfähige Infrastruktur: im Wohnungsbau ebenso wie im Verkehr – denken Sie etwa an das Straßengrundsaniierungsprogramm und an unsere aktuellen Anträge zum Radverkehr –, im Bildungsbereich, in Kitas und Schulen genauso wie im Freizeitbereich, in Kultur und Sport. Wir brauchen eine tragfähige Infrastruktur, damit unsere Stadt attraktiv bleibt und damit die Lebensbedingungen und die Lebensqualität auch in Zukunft stimmen.

Hannover zieht an – die Attraktivität unserer Stadt bringt Menschen zu uns. Hannover ist als Standort interessant – für die Wirtschaft und damit für den

Arbeitsmarkt, für die Bildung und die Wissenschaft ebenso wie für die Menschen, die hier leben, und für jene, die nach Hannover kommen.

Für all das brauchen wir eine solide Finanzpolitik. Die moderaten Mehrausgaben, die wir vornehmen, stehen dem nicht entgegen. Sie tragen vielmehr mit dazu bei, dass unsere Stadt attraktiv bleibt, und dass all jene, die sich hierfür engagieren, auch Möglichkeiten dazu haben.

Wir stimmen deshalb dem aktuellen Haushaltssicherungskonzept zu, denn wir sehen in dem HSK eine wesentliche Grundlage für die Investitionen in die Zukunft unserer Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das geht nicht allein durch Sparen. Wir brauchen auch zusätzliche Einnahmen. Deshalb halten wir es durchaus für angemessen, die Wirtschaft an den Investitionen zu beteiligen.

Wir werden deshalb auch einer Anhebung der Gewerbesteuer zustimmen – der ersten Anhebung seit 23 Jahren!

Wir werden ihr zustimmen, weil sie einerseits moderat ausfällt. Andererseits und vor allem werden wir ihr zustimmen, weil die Erträge in die Investitionen zur Stärkung des Standorts, auch des Wirtschaftsstandorts Hannover fließen werden. Sie kommen somit mittelbar der Wirtschaft wieder zugute.

Anrede,

Das neue Haushaltssicherungskonzept HSK IX plus ist zweifellos ambitioniert: Es hat ein Volumen von 57 Millionen Euro und erhöht damit das Gesamtvolumen des HSK IX auf über 90 Millionen Euro. Wir halten den Entwurf für das HSK IX plus für tragfähig und nehmen nur ein paar Präzisierungen vor.

Diese Präzisierungen sollen einerseits der Verwaltung helfen, Aufgabenkritik nicht allein vom Status quo aus zu betrachten, sondern auch zukünftige Aufgaben und den Wandel der Verwaltung in den Blick zu

nehmen. Und unsere Präzisierungen sollen Impulse aufnehmen, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung selbst in den Stadtentwicklungsdialo g eingebracht haben.

Anrede,

Die rege Teilnahme an dem Dialog „Mein Hannover 2030“ zeigt uns, dass Beteiligung in unserer Stadt keine leere Formel ist. Beteiligung funktioniert – sie funktioniert nach innen wie nach außen, und sie trägt Früchte – nach innen wie nach außen!

Beteiligung führt zum Erfolg; Teilhabe kann also gelingen!

Die Ergebnisse des Stadtentwicklungsdialo ges „Hannover 2030“, die nun im Entwurf vorliegen, bieten eine gute Grundlage für die Entwicklung unserer Stadt – auf allen relevanten Handlungsfeldern.

Der Entwurf benennt zentrale Herausforderungen, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Eine davon ist die Anerkennung dessen, dass Hannover eine Einwanderungsstadt ist.

Dem stimmen wir zu. Und wir stimmen ebenfalls zu, wenn es in dem Entwurf heißt: „Einwanderung ist selbstverständlich.“ Das ist in der Tat so!

Keineswegs selbstverständlich ist es jedoch, mit welchem Engagement und mit welchem Erfolg die Verwaltung sich den Herausforderungen stellt, die daraus erwachsen. Sowohl bei der Unterbringung von Flüchtlingen als auch bei der Integration leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Dezernate Herausragendes! Dafür herzlichen Dank.

Und ebenfalls keineswegs selbstverständlich ist es, wie in unserer Stadt Willkommenskultur gelebt wird! Auch das ist Teilhabe – Teilhabe, die sich nicht nur aktuellen Herausforderungen stellt, sondern Teilhabe, die damit schon unsere Stadt von morgen gestaltet.

Wir gestalten unsere wachsende Stadt. Und *wir* haben dabei *alle* im Blick!